

Ein Flüchtlingsmarsch von Budapest gen Österreich

Vom Budapester Hauptbahnhof bricht ein Flüchtlingstreck zu Fuß gen Österreich auf. Ungarn verschärft die Strafen für illegalen Grenzübertritt und überführte Schlepper. Die östlichen EU-Staaten sprechen sich indes gegen feste Flüchtlingsquoten aus.

04.09.2015

olen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn haben sich gemeinsam gegen verbindliche Flüchtlingsquoten ausgesprochen. „Wir bestehen auf Freiwilligkeit“, sagte der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka am Freitag in Prag. Damit wiesen die vier Länder die jüngste deutsch-französische Initiative für eine gerechtere Verteilung der Schutzsuchenden in Europa zurück. „Lösungen, die die Möglichkeiten der einzelnen Länder nicht berücksichtigten, wären kontraproduktiv“, warnte die polnische Ministerpräsidentin Ewa Kopacz.

In einer gemeinsamen Erklärung forderten die vier Staaten der sogenannten Visegrad-Gruppe eine bessere Bewachung der EU-Außengrenzen und die schnelle Einrichtung von Registrierungscentren in besonders betroffenen Staaten. Ungarns Regierungschef Viktor Orbán wies Vorwürfe zurück, sein Land verhalte sich nicht solidarisch. „Wir müssen unsere Bürger schützen und ihre Sicherheit garantieren“, sagte er. Die Visegrad-Gruppe besteht seit 1991 und ist nach der ungarischen Gründungsstadt benannt.

Ungarn verschärft Gesetze

Im Eilverfahren hat Ungarn seine Gesetze gegen Einwanderer verschärft. Das Parlament in Budapest verabschiedete am Freitag mit großer Mehrheit ein von der Regierung Orbán vorgelegtes Gesetzespaket, das den Einsatz der Armee an den Grenzen erleichtert. Überdies sieht es bis zu drei Jahre Haft für illegale Grenzübertritte sowie härtere Strafen für Schlepper vor.

Ungarn sieht sich derzeit mit einem beispiellosen Ansturm von Flüchtlingen konfrontiert, die aus Griechenland durch den Westbalkan reisen und dann von Serbien aus über die Grenze wollen. Von Ungarn aus versuchen die Flüchtlinge, weiter nach Deutschland und in andere westeuropäische Staaten zu gelangen. An der Grenze zu Serbien hat Orbán inzwischen einen Stacheldrahtzaun errichten lassen. Wer diesen überwindet, muss künftig mit bis zu drei Jahren Haft rechnen.

Marsch über die Autobahn

Derweil widersetzen sich immer mehr Flüchtlinge den Anordnungen der Behörden, in bestimmten Zonen oder Lagern zu bleiben. In Röszke im Süden des Landes war am Vormittag eine Gruppe von etwa 300 Personen aus einem Polizeicamp ausgebrochen, wohin sie zur Registrierung ihrer Personalien gebracht worden waren. Sie beklagten in Radiointerviews, dass das Prozedere zu lange dauere. Die Flüchtlinge begannen einen Marsch über eine Autobahn, die zeitweilig gesperrt wurde. Die Polizei griff aber nach eigenen

Angaben alle wieder auf. Auch in der sogenannten Transitzone am Budapester Bahnhof Keleti gab es Aufrufe, sich zu Fuß auf den Weg nach Österreich zu machen.

Ein Zug voll Migranten, der am Donnerstag in Richtung Westen aufgebrochen, in der Kleinstadt Bicske aber angehalten worden war, hielt dort am Freitag noch immer. Allerdings brachen bis zu 300 der festgehaltenen Menschen aus dem Bahnhofsgelände aus, wie die staatliche ungarische Nachrichtenagentur MTI berichtete. Die in Bicske festgesetzten Flüchtlinge weigerten sich, sich in ein dortiges Asylbewerberlager bringen zu lassen. Sie verlangten die Durchreise nach Deutschland.

Auch am Budapester Ostbahnhof brach ein langer Zug von Flüchtlingen vom Budapester Ostbahnhof auf, um zu Fuß die rund 200 Kilometer entfernte Grenze zu Österreich zu erreichen. Augenzeugen sprechen von einem Tross von einigen hundert Flüchtlingen. Der Bahnhof ist seit Dienstag für Einwanderer gesperrt, obwohl viele von ihnen Zugtickets haben. Schätzungen vor Ort zufolge kampieren dort noch etwa 2000 Menschen vor dem Bahnhofsgebäude.

Auch am Bahnhof von Bicske, 40 Kilometer außerhalb von Budapest, weigerten sich 500 Flüchtlinge aus ihrem Zug auszusteigen. Die Behörden hatten den Zug am Donnerstag zunächst in Budapest in westliche Richtung abfahren lassen, bei Bicske dann aber gestoppt, um die Flüchtlinge von dem Bahnhof auf Auffanglager in Ungarn zu verteilen, statt sie zur österreichischen Grenze fahren zu lassen.

Die Ungarn hatten auch einen weiteren Zug kurz vor der österreichischen Grenze gestoppt und alle 120 Reisenden in Flüchtlingslager gebracht. 83 Flüchtlinge ließen sich sofort registrieren, die übrigen erst nach stundenlangen Protesten in der Nacht zum Freitag.

Während sich die Situation in Ungarn zuspitzt, versucht die Europäische Union die Lage auf den griechischen Inseln zu entschärfen. Angesichts der großen Zahl an der dort gestrandeten Flüchtlinge soll in der Hafenstadt Piräus bald ein Hotspot-Zentrum öffnen, um dort Flüchtlinge zu registrieren. Das kündigte am Freitag der für Migrationsfragen zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos auf der Insel Kos an. Gemeinsam mit dem stellvertretenden EU-Kommissionspräsidenten Frans Timmermans bekam Avramopoulos einen Eindruck davon, wie explosiv die Lage auf Kos ist. Rechtsextremistisch gesinnte Demonstranten beschimpften die beiden hochrangigen EU-Vertreter als „Verräter“.

In dem Zentrum auf dem griechischen Festland soll festgestellt werden, wer das Recht auf Asyl hat und wer nicht. Die Registrierzentrale in Piräus soll dazu dienen, die Inseln der Ostägäis zu entlasten. Neben griechischen sollen auch Beamte aus anderen EU-Staaten in Piräus arbeiten, hieß es. Alte Kasernen sollen wieder öffnen, um die Flüchtlinge vorübergehend aufzunehmen. Danach würden diese Menschen nach Piräus gebracht werden, sagte Avramopoulos.

Bürger Österreichs starten Abholservice

In Österreich sagten bis zum Freitag rund 2000 Menschen im Internet ihre Mitarbeit bei einer Bürgerinitiative zu, um die feststeckenden Flüchtlinge aus Ungarn mit einem Konvoi aus Privatautos abzuholen. Alle Aufrufe an die EU und die politisch Verantwortlichen seien verhallt, „jetzt müssen wir handeln“, heißt es in dem Facebook-Aufruf „Konvoi Budapest Wien - Schienenersatzverkehr für Flüchtlinge“. Am Sonntag um 8.30 Uhr sollen die Wagen in

Wien starten, Flüchtlinge in Budapest einsammeln und „falls möglich“ nach Deutschland weiterbringen.

Das österreichische Innenministerium warnte, dass Hilfe bei illegalen Grenzübertritten mit bis zu 5000 Euro bestraft werden könne. Die Organisatoren der Initiative haben ihrerseits juristischen Beistand zugesagt, sollten die Fahrer von der österreichischen Justiz belangt werden.

Quelle: AFP/dpa